

Rede von Winfried Kretschmann zur Ersten Lesung des Staatshaushaltsplans 2009 und zur Unterrichtung durch den Ministerpräsidenten

Am 18.12.2008 im Landtag Baden-Württemberg

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie reagieren wir auf die Krise? Unsere Leitlinie heißt: Aus der Krise lernen heißt in den Wandel investieren, die Dinge durchdenken, bevor man Vorschläge macht. In der Krise muss man mehr denken als schon vor der Krise und nicht weniger. (Beifall bei den Grünen und des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Geht es hier um ein Konjunkturprogramm? Wer glaubt, der Staat könne wirklich die Wirtschaft materiell mit eigenen Programmen ankurbeln, der lebt nicht in der Wirklichkeit einer offenen und globalisierten Wirtschaft. Das sieht man schon an den zahlenmäßigen Dimensionen. Das Bruttoinlandsprodukt beträgt 350 Milliarden € im Jahr. Wie groß müsste wohl ein Konjunkturprogramm sein, das da die Wirtschaft materiell ankurbelt? 10 %? Das wäre schon mehr als unser Haushalt. 1 %? Das wären 3,5 Milliarden €. Also kann man dieses Gerede von der materiellen Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Programme vergessen. (Beifall bei den Grünen)

Es geht um etwas ganz anderes: Gelingt es uns, durch Vorschläge, die wir jetzt machen, Vertrauen zu schaffen in der Bevölkerung, in der Wirtschaft, in den Kommunen? Dieses Vertrauen müssen wir erreichen. Ohne Vertrauen kommt man nicht aus der Krise heraus, denn Vertrauensverlust, Misstrauen, Zukunftsängste sind der Hauptgrund, warum es überhaupt immer tiefer in die Krise geht. Deswegen müssen wir Vorschläge machen, bei denen die Menschen das Gefühl haben: Diese Vorschläge sind von uns durchdacht, und sie sichern die Zukunft. Nur darum kann es bei solchen Programmen gehen. (Beifall bei den Grünen)

Politik in der Krise braucht nicht Hektik, sondern Weitblick, nicht noch mehr Reflexe, sondern mehr Reflexion.

Wer Nachhaltigkeit will, der muss die eigene Politik nachhaltig machen. Zweitens: Der Ort des Wandels liegt dort, wo die Menschen leben und arbeiten, wo sie investieren und konsumieren. Das ist vor Ort, in den Betrieben, im Mittelstand, in den Städten und Gemeinden. Deswegen müssen wir, Herr Ministerpräsident, Kommunen und Wirtschaft zu Bündnispartnern im Wandel gewinnen, denn sonst kann nichts in Gang kommen. Wie gehen wir mit diesen Partnern um? Schauen wir zuerst zu den Kommunen. Betrachten wir einmal das Maßnahmenpaket der Bundesregierung, Herr Mappus und Herr Schmiedel. Der deutsche Städtetag hat folgende Bilanz gezogen: Der Mittelzuwachs durch die Förderprogramme des Bundes beträgt für die Kommunen 500 Millionen €. Die Steuermindereinnahmen dagegen, die sich aus dem Paket der Bundesregierung für die Kommunen ergeben, liegen bei 1,7 Milliarden €. Bilanz: minus 1,2 Milliarden € – für die Kommunen wenig erfreulich!

(Beifall bei den Grünen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das nennt sich dann Impulsprogramm!)

Frage: Ist Oettinger besser als Merkel und Steinbrück? Ein wenig schon, aber leider nur ein wenig. Oettinger nimmt den Kommunen wenigstens nichts weg, aber er gibt ihnen auch nichts.

Wir sagen, Herr Mappus: Nicht erst geben, und dann wieder nehmen, sondern wenn man es ernst meint, dann muss man auch einmal neues Geld in die Hand nehmen. Dass das auch ohne neue Schulden geht, werde ich Ihnen nachher noch klarmachen. Herr Stächele, das Wiedereinsammeln des Geldes nach der Landtagswahl bei den Kommunen ist nicht nur politisch fragwürdig, sondern auch wirtschaftlich höchst problematisch, weil die Kommunen zu diesem Zeitpunkt – die Entwicklung läuft bei den Kommunen ja immer etwas zeitversetzt – gerade an einem Tiefpunkt des Zyklus sind. Gerade dann jedoch sollen sie das Geld zurückzahlen. So macht man keine verlässliche, nachhaltige und planbare Politik für die Kommunen. (Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: So ist es!)

Partner Wirtschaft und Mittelstand: Natürlich ist auch in vielen Unternehmen, sowohl in kleinen als auch in größeren, die Erkenntnis des Wandels bereits angekommen. Viele haben das erkannt, oder sie erkennen jetzt unter Schmerzen, dass die Zukunft in ressourcen- und energiesparenden Produkten liegt. Am deutlichsten wird das jetzt bei unserer eigenen Automobilindustrie. Sie fährt in den Keller, weil ihre Produkte nicht nachhaltig und zukunftsfähig sind. Dieses Thema ist auch dort angesagt. Anders kommen wir nicht aus der Krise heraus.

Die Landesregierung erweitert jetzt den Bürgschaftsrahmen für die Wirtschaft. Das ist zunächst einmal in Ordnung. Ich glaube zwar nicht, dass dieser Bürgschaftsrahmen ausreichen wird; schon jetzt haben größere mittelständische Betriebe Probleme. Aber erst einmal ist das in Ordnung. Wenn es nun tatsächlich anfängt zu klemmen, kann eine solche Maßnahme Vertrauen schaffen. Den meisten ist aber gar nicht klar, dass sie auf der anderen Seite den Kreditspielraum für den Mittelstand erheblich (Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Beschränken!) beengen. Warum? Ganz einfach: Bei Ihrem Modell, die Landesbank Baden-Württemberg zu sanieren, greifen Sie auf eine eigene Kapitalspritze zurück. Da müssen die Sparkassen mitmachen. Das bedeutet für sie einen Betrag von 2 Milliarden €. Diese Summe müssen sie aus ihrem Eigenkapital erbringen – nachdem sie übrigens schon einmal eine gewaltige Finanzspritze tätigen mussten, um die Berliner Sparkasse zu kaufen. (Abg. Ingo Rust SPD: So ein Käse!)

Jetzt wollen Sie den Sparkassen weiter Kapital entziehen. Ich sage Ihnen: Der von Ihnen vorgesehene Bürgschaftseffekt wird dadurch aufgehoben, dass Sie denen, die unseren kleinen und mittleren Betriebe – und das sind die Jobmotoren – Kredite geben, ihre Kapitalbasis schwächen. Im Saldo kann dann bestenfalls eine Null stehen. (Abg. Reinhold Gall SPD: Quatsch!) Es macht doch keinen Sinn, den Bürgschaftsrahmen an sich zu erhöhen, denjenigen jedoch, die real die Kredite tätigen müssen, die dazu notwendigen Möglichkeiten zu nehmen. Deswegen gibt es auf diese Frage nur eine Antwort: Gehen Sie mit der Landesbank Baden-Württemberg unter den Bundesschirm, Herr Oettinger. Das ist die richtige Antwort. (Beifall bei den Grünen)

Unter den Bundesschirm! Sie haben überhaupt keine rationalen Argumente dagegen. Das Einzige, was Sie immer sagen, ist: Da wird uns vom Bund reingeredet. Blödsinn, sage ich. Natürlich wird der Bund, wenn er den Landesbanken Geld gibt, verlangen, dass sie sich restrukturieren, dass dort Geschäftsmodelle entwickelt werden, die zukunftsfähig sind und an der Realwirtschaft orientiert sind. Das wird zu einem Schrumpfungsprozess und zu Fusionen führen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollen doch jetzt nicht mit den Bayern fusionieren?)

Das wird jeder tun müssen, Sie oder wir als Land genauso wie der Bund. Das heißt, der Druck für die Restrukturierung kommt in Wirklichkeit aus den tatsächlichen Verhältnissen und nicht aus dem Bestreben des Bundes, jemandem reinzureden. Darum geht es, und deshalb kann ich Ihnen nochmals sagen: Gehen Sie unter den Bundesschirm! Es ist richtig, Herr Ministerpräsident, dass da einige Bedingungen beim Schutzschirm noch geändert werden müssen, etwa zu den Laufzeiten – da sind Sie ja offensichtlich dran –, und dann sind die Bedingungen so, dass wir unter diesen Schirm gehen können. Ich sage Ihnen noch einmal: Sie haben die wirtschaftliche Lage ja am dramatischsten beschrieben, und wenn es wirklich noch dicke kommt, haben wir dann auch noch die Reserven, um vielleicht in einem zweiten Schritt selbst etwas tun zu können, weil wir es tun müssen. Denn es ist doch klar: Wenn es stimmt, dass die Landesbank im Kern ein richtiges Geschäft gemacht hat, nämlich unsere Wirtschaft zu kreditieren, und solche Betriebe nun in Liquiditätsschwierigkeiten kommen oder sogar in Insolvenz gehen, dann kommt es natürlich zu großen Problemen bei der Refinanzierung, und dann müssen wir doch noch Reserven haben, um der Landesbank zu helfen.

Ich denke, das sind alles die richtigen Argumente, die ich hier vorgetragen habe. Sie werden von sehr vielen Sparkassenvorständen geteilt. Deswegen fordere ich Sie noch einmal auf: Gehen Sie in Richtung Bundesschirm! (Beifall bei den Grünen)
Nun haben alle Fraktionen Maßnahmenpakete vorgelegt. Was ist unsere Strategie? In welchen Wandel wollen die Grünen investieren? Erstens wollen wir in den Wandel zur Wissensgesellschaft investieren. Wenn ich mir den einen oder anderen Vorschlag anschau, bei dem sehr viele Mittel in den Straßenbau fließen sollen – die SPD will das ja noch einmal von 70 Millionen € auf 200 Millionen € toppen –, habe ich doch irgendwie den Eindruck, dass die Prioritäten nicht richtig gesetzt werden.

Wissensgesellschaft heißt doch, in Kinder und Köpfe zu investieren, statt nur in Beton und Bitumen.

(Beifall bei den Grünen) Diese Investition in die Köpfe ist die beste Wirtschaftsförderung. Schauen Sie sich einmal die neue Studie des Hamburger Instituts für Weltwirtschaft über Wirtschaftsförderung und Wissensgesellschaft an. Da steht vom Straßenbau nichts drin. Meine Damen und Herren, wir haben mit dem Bildungspakt vorgeführt, wie das bei den Investitionen in Kinder und Köpfe geht, indem man nämlich die demografische Entwicklung als Dividende nutzt und die Einsparungen, die aufgrund der ab 2012 zurückgehenden Schülerzahlen möglich sind, jetzt investiert. Davon, wovon jetzt auf einmal alle reden, dass wir Investitionen vorziehen, haben wir schon lange und rechtzeitig gesprochen, und zwar schon vor der Krise.

Wir denken schon vor der Krise, (Beifall bei den Grünen) und weil wir schon vor der Krise denken, denken wir auch in der Krise richtig. Es ist auch eine

Gerechtigkeitsfrage. Denn es kann nicht sein, dass wir nur den Banken helfen. Das ist natürlich unerlässlich – daran möchte ich keinen Zweifel lassen –, aber die Menschen erwarten auch, dass auch ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Die Grundlage der Gerechtigkeit in der Zukunft und der Zustand der sozialen Gerechtigkeit werden entscheidend über den Zugang zu Bildung bestimmt, über eine Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Darin müssen wir in erster Linie investieren.

Sprachkompetenz ist die Grundlage jeder Bildungskarriere und Grundlage des beruflichen Fortkommens, wie jeder weiß, in der Wissensgesellschaft, und sie beginnt im Kindergarten. Jetzt schlägt die SPD vor, die Kindergartengebühren zu streichen. Kosten für das Land: 107 Millionen €. Herr Schmiedel, ich sage dazu: Qualitätswirkung null.

(Abg. Reinhold Gall SPD: In jedem Kommunalparlament fordern es die Grünen! Ihr wisst doch nicht, was ihr wollt!)

Wir wollen den Eltern eine bessere Investition für ihre Kinder anbieten, einen Mehrwert für ihren finanziellen Beitrag, und nicht einfach nur Gebühren erlassen. Das wäre auch eine Art Konsumgutschein.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Seit wann soll Bildung denn Geld kosten? Warum verlangen wir nicht Schulgebühren, wenn Kindergarten Bildung ist?)

Das ist das Entscheidende, was wir jetzt machen müssen. Über das, was Sie vorschlagen, können wir uns dann unterhalten, wenn wir die Krise überwunden haben. Die CDU-Fraktion will das über die Landesstiftung finanzieren und betont vor der Presse, es komme jetzt darauf an, beim Schuleingang auf Sprachkompetenz zu achten. Aber Herr Rau ist als Bildungsminister zusammen mit seinem Kabinettskollegen politisch verantwortlich für Sprachförderung. Es sind Ihre Defizite, dass die Sprachförderung im Kindergarten mangelhaft ist, dass dauernd getestet wird, aber nicht wirklich Förderung, Hilfe und Therapie stattfinden, (Beifall bei den Grünen) damit die Kinder es wirklich können, wenn sie in die Schule kommen.

Die Instrumente dafür sind vorhanden. Man muss natürlich auch das Geld zur Verfügung stellen, damit es umgesetzt werden kann. Sie verhalten sich wie eine Krankenkasse, die eine Diagnose stellt, aber für die Therapie nichts bezahlen kann. Das kann es wohl nicht sein. (Beifall bei den Grünen) Ein weiterer Punkt. Weitblick statt Hektik, Reflektion statt Reflex heißt auch, wir müssen erst einmal über die Maßnahmen reden, bevor wir nur über Geld reden. Denken ist durch Geld nicht zu ersetzen, und auch mit noch so viel Geld kann man eine Kuh nicht zum Fliegen bringen. Der Trend, einfach nur mit Geld nach den Problemen zu werfen, kann nicht funktionieren. Inzwischen ist die Maßeinheit eine Milliarde, und das gefällt vielleicht denjenigen, die von der Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen nicht viel halten. (Demonstrativer Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Aber wer meint, jedes strukturelle Defizit nur mit Geld kompensieren zu können, der kommt aus den Defiziten niemals heraus. Wie kann man den Wandel mit weniger Geld beschleunigen? Wie kann man vermeiden, dass man mit Geld womöglich nur alte Strukturen finanziert? Dazu vier Beispiele. Erstens: Energiecontracting. Ein einfaches Prinzip, das so funktioniert: Ein privater Investor macht die energetische Sanierung eines Gebäudes, und das Ganze finanziert sich über die spätere Energieeinsparung. Nach Schätzungen sind in öffentlichen Gebäuden 40 %

Energieeinsparung möglich. Da wäre ein riesiges Potenzial vorhanden. Man muss nur 20 Leute in der Verwaltung so schulen, dass sie etwas vom Contracting verstehen, und es auch umsetzen. Dann werden riesige Investitionssummen freigesetzt, ohne dass wir dazu staatliches Geld in die Hand nehmen müssen. (Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Rahmenbedingungen für die Windkraft. Hier steht die Landesregierung seit eh und je mit dem Bleifuß auf dem Bremspedal. Um hier einen riesigen Investitionsstau in Milliardenhöhe zu beseitigen, muss man nur die Barrieren und die bürokratischen Hürden, die Sie im ganzen Land aufgebaut haben, endlich schleifen und den Kampf gegen die Windkraft aufgeben. Wenn wir nur den Bundesdurchschnitt erreichen würden, nämlich 7 % statt wie bei uns 0,6 %, dann hätte das Investitionen von 3 bis 4 Milliarden € zur Folge. Dafür muss der Staat keinen einzigen Cent ausgeben, er muss nur die Hürden beseitigen. Herr Kollege Mappus, da sind Sie endlich einmal gefragt. (Beifall bei den Grünen)

Beispiel drei: Schulbauförderung bei Ganztagschulen. Es hat überhaupt keinen Sinn, jetzt nur mehr Geld in die Schulhausrenovierung zu stecken auf der Basis einer Schulbauförderrichtlinie, die immer noch auf dem Bild der Halbtagschule beruht. Das ist eine Struktur, die immer noch darauf basiert, dass individuelles Lernen nicht die Überschrift ist. Es geht um etwas ganz anderes: Wir müssen erst einmal schauen, was wir wollen und wie solche Schulen aussehen sollen. Erstens sollen es richtige Ganztagschulen sein und nicht das, was Sie machen: Halbtagschulen mit Nachmittagsverwahrung. Zweitens muss das Konzept des individuellen Förderns schon beim Schulhausbau mitgedacht werden. Dabei braucht man keine Unterrichtsräume wie das gestrige Klassenzimmer, man braucht ganz andere Unterrichtsräume. Nur in solchen kann dann auch ein zukunftsorientierter, wegweisender Unterricht, dessen Leitziel individuelle Förderung ist, stattfinden. Wenn wir stattdessen einfach Geld in das nicht reformierte Schulsystem stecken, dann zementieren wir Strukturen in den Altbauten. Man sieht also: Wenn man nicht richtig nachdenkt, bevor man investiert, kann das negative Effekte haben. Deshalb ist es ganz wichtig, erst einmal diesen veralteten Investitionsbegriff zu überwinden. In einer Ganztagschule kommt es erst einmal darauf an, genügend Lehrerinnen und Lehrer zu haben. Man muss sich von dem Glauben verabschieden, das könne man mit Ehrenamtlichen machen.

Das Kultusministerium könnte doch auch einmal Ehrenamtliche als Politikberater einstellen – das wäre vielleicht ein Vorschlag, der sinniger wäre, als zu glauben, man könne damit Ganztagschulen betreiben. Das ist entscheidend, das zu tun. Nur im Zusammenhang mit einem rhythmisierten Unterricht und individuellem Lernen kommen wir zu Schulbauten, die zukunftsfähig sind. Auch da muss man also in den Wandel investieren. (Beifall bei den Grünen) Beispiel 4: Gesundheitsversorgung im demografischen Wandel. Im demografischen Wandel steigt die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen beständig. Letzte Woche war in der Presse zu lesen, dass sich unter allen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg auf den größten Zuwachs an Patienten einstellen müssen. Allein die Zahl der Krankenhausfälle wird um 14 % zunehmen.

Wir müssen beginnen, die Themen Wirtschaft und Soziales zusammen zu denken. Das sind eben nicht nur Kosten, sondern es geht auch um Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Mancher reibt sich vielleicht noch die Augen, aber die

Gesundheitsbranche ist der Wachstumsmotor Nummer 1. (Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP) Die Zahl der Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich hat von 2000 bis 2006 um 11 % zugenommen. Wir begrüßen, dass die Landesregierung hier Mittel bereitstellen will. Allerdings kann das nicht nach dem Gießkannenprinzip gehen, sondern nur mit klaren Kriterien bezüglich der Zukunftsfähigkeit der Häuser. Auch bei der Pflege müssen wir zu einer sozialen Infrastruktur kommen, die sensibel auf den demografischen Wandel reagiert: zu neuen Wohnformen und neuen Wohngruppen, wie sie das neue Pflegekonzept beinhaltet. Auch hier dürfen wir nicht einfach in die alten Heimstrukturen investieren. Auch das heißt, richtig in den Wandel zu investieren. (Beifall bei den Grünen)

Mit diesen vier Beispielen will ich sagen: Man kann auch ohne Geld viel erreichen. Die Reformschritte richtig zu denken muss Priorität haben. Erst wenn man das tut, ist es auch wichtig, dann mehr Geld in die Hand zu nehmen. Ich sagen nochmals: keine pauschalen Konjunkturprogramme! Das haben jetzt die meisten begriffen, außer den Linken und der FDP.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Was? Wie bitte? Konjunkturprogramme? – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt muss ich sagen, Herr Kollege Mappus – Sie haben richtig gehört, Herr Noll –: Auch Steuersenkungen sind nichts anderes als pauschale und unspezifische Konjunkturprogramme. Sie haben mit einer Investition in den Wandel überhaupt nichts zu tun, und sie sind natürlich noch unwirksamer als die bizarren Vorschläge, Konsumgutscheine auszugeben. Natürlich kann man Steuern senken, aber mit Krisenbewältigung hat das nichts zu tun. Als wir in Berlin an der Regierung waren, haben wir das gemacht. Das Ergebnis – die „Süddeutsche Zeitung“ hat es geschrieben –: *Die Zahl der Haushalte mit einem Steuersatz über 40 % ist stark gesunken. Die Zahl der Haushalte mit einem Steuersatz unter 20 % ist stark gestiegen.* So war das, und so ist das, Herr Mappus. (Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Warum habt ihr es dann gemacht? – Zuruf der Abg. Stefan Mappus CDU und Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Was Sie über die kalte Progression gesagt haben, das war nun wirklich populistisch. Bei der kalten Progression ist es so, wenn ich in einen höheren Steuersatz hineinfalle – das ist ein Grenzsteuersatz –, dann muss ich für den Euro, der dazukommt, den höheren Steuersatz bezahlen. Das hat nichts mit dem Gesamtdurchschnitt des Steuersatzes zu tun, den der Einzelne bezahlt. Deshalb sind es Märchen zu behaupten, man nehme mehr ein und habe dann weniger in der Tasche. Das ist absurd und populistisch. (Beifall bei den Grünen)

Ich sage Ihnen, Herr Noll und Herr Kollege Mappus, wenn wir mehr Geld hätten, um Steuern zu senken, ohne das auf Pump zu machen, dann würden wir etwas ganz anderes machen, nämlich die Arbeit entlasten und die Abgaben der Arbeit senken. Da haben wir ein sehr gutes Modell, nämlich unser Progressivmodell. Das heißt, ein Arbeitnehmer mit einem Bruttomonatsverdienst unter 2 000 € würde dann im Verhältnis weniger Sozialabgaben bezahlen, also bei 1 000 € die halben Sätze usw. Das schafft neue Beschäftigungsmöglichkeiten, und zwar so, dass die Menschen von der Arbeit leben können.

Das brächte für alle, die sozialversicherungsbeschäftigt sind, mehr Netto vom Brutto, und zwar für die Richtigen, für die unteren Einkommensbezieher. Das ist das richtige Modell. (Beifall bei den Grünen) Ihre Steuersenkungsprogramme betreffen überhaupt

nur die obere Hälfte, die untere Hälfte bezahlt gar keine Einkommenssteuer. (Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Mappus?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Einen Moment noch. Bei den Abgaben haben wir nämlich die kalte Degression. Diejenigen, die die Bemessungsgrenze erreichen, müssen nicht mehr zahlen. Darüber reden Sie offensichtlich nicht, darüber höre ich keinen Aufschrei. Jetzt bitte die Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Kollege Kretschmann, könnten Sie unter Umständen bestätigen, dass vor zwanzig Jahren beim Zwanzigfachen des Durchschnittseinkommens der Spitzensteuersatz einsetzte und heute bereits bei dem 1,4-fachen des Durchschnittseinkommens der Spitzensteuersatz einsetzt? Und können Sie bestätigen, dass genau das im Zuge der kalten Progression noch vehement zunehmen wird?

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich habe an der kalten Progression nur Ihre Darstellung kritisiert, nämlich dass Sie so tun, dass jeder Euro, der dazukommt, dazu führt, dass man voll mit dem Einkommen in den höheren Steuersatz kommt. Das ist einfach nicht der Fall.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch nicht! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber trotzdem ...!)

Was die Entwicklung der Steuern betrifft, habe ich Ihnen gerade gesagt, dass nach der Steuerreform, die wir gemacht haben, weniger über 40 % Steuern bezahlen und auch weniger unter 20 %. Das ist nicht das größte Problem, das wir haben. (Abg. Stefan Mappus CDU: Doch! Das ist das größte Problem!)

Also in den Wandel investieren – Bündnispartner Kommunen. Wie wollen wir da investieren? Vier Bereiche: Klima, Weiterbildung und Gesundheitswirtschaft, Ausbau der Ganztageschulen. Dazu habe ich schon ausgeführt: Nicht „weiter so“ wie beim Bau, sondern da muss sich grundlegend etwas ändern. Wie wir heute in der „Stuttgarter Zeitung“ lesen können, plant die Bürgermeisterin Eisenmann, die bekanntlich ein Mitglied der CDU ist, ein Modell für eine sechsjährige Grundschule. Der Wandel beginnt auch in der CDU. Ich hoffe, dass Sie ihm auch bald folgen werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Definitiv nicht!)

Zweitens, Förderung der Gesundheitswirtschaft. Auch dazu habe ich schon gesprochen. Es ist wichtig in den demografischen Wandel zu investieren für den Bereich der Krankenhäuser und neue Formen der Pflege. Drittens, die Förderung für die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden. Es war bisher immer so, dass das Klimaschutz-Plus- Programm – ein gutes Programm für die Kommunen – schon nach dem ersten Halbjahr abgeräumt war. So kann man natürlich keine verlässliche Politik machen. Wir müssen das Programm so ausgestalten, dass tatsächlich jeder, der dort abrufen will, diese Gelder auch bekommt. Damit tun wir etwas für den Klimaschutz und für die Kommunen. (Beifall bei den Grünen) Viertens wollen wir mehr investieren in das Flächenrecycling, in die Beseitigung von Altlasten. Warum? Auch das fließt in den Wandel. Schluss mit der Zersiedelung der Landschaft und wieder zurück in die Städte.

Das ist nicht nur wichtig, um weniger Fläche zu verbrauchen, sondern auch um die Städte wieder lebensnaher zu gestalten, dass dort Leben stattfindet. (Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt!) Deswegen sollte mehr in die Altlastensanierung investiert werden. Dann kann auch dort der Wandel fortschreiben. (Beifall bei Abgeordneten der Grünen) Ich sage Ihnen jetzt noch etwas zur Finanzierung. Festgelegt haben wir in der Fraktion die Finanzierung von bis zu 335 Millionen € aus Landesmitteln für die Kommunen für drei Jahre. Sie haben ja Rücklagen im Haushalt gebildet. In dieser Situation macht es ja keinen Sinn, Rücklagen ohne Prüfung auf der hohen Kante zu behalten. Deswegen wollen wir Teile dieser Rücklagen in Anspruch nehmen, allerdings nicht alle, auch nicht die Rücklage für Steuermindereinnahmen, die die SPD in Anspruch nehmen möchte. Letzteres halten wir nicht für nachhaltig. Anders ist es jedoch bei der Rücklage für Stuttgart 21 – was Sie jetzt Baden-Württemberg 21 nennen. Diese Rücklage von 345 Millionen € wollen wir auf die ganze Legislaturperiode verteilen. Das gibt dann wirklich mehr für kommunale Investitionen, wenn wir diese Rücklage in den Kommunalen Investitionsfonds geben. Dann hat tatsächlich ganz Baden- Württemberg etwas davon, und dann ist es wirklich ein Projekt, das den Namen „Baden-Württemberg 21“ verdient.

(Beifall bei den Grünen)

Der zweite Bereich, bei dem das Land viel tun kann, ist der Verzicht auf die Schuldentilgung. Da besteht Konsens, dass diese Mittel jetzt eingesetzt werden – Stichworte Landesgebäude und Klimaschutz. Selbst der Rechnungshof, der sich ja erst einmal fiskalisch um unsere Probleme kümmert, hat schon vor geraumer Zeit gesagt, wir müssten dafür Sondermittel einsetzen, weil sich die Investitionen durch energetische Einsparungen refinanzieren. Da ist bei den Landesgebäuden bisher viel zu wenig gemacht worden. Es ist aus ökologischer wie aus fiskalischer Sicht richtig, in diesem Bereich mit den Mitteln aus der Rücklage mehr zu tun. Drittens: Der Sanierungsstau bei den Hochschulen geht auf 4 Milliarden € zu.

Da zu investieren heißt, in Köpfe zu investieren. Das sagen wir schon seit vier Jahren und nicht erst jetzt in der Krise. (Beifall bei den Grünen) Ein weiterer Punkt: Bildungspotenziale von Migranten aktivieren. Der von der Industrie- und Handelskammer herausgegebene Branchenatlas ermittelt einen Fachkräftemangel in Baden- Württemberg für das Jahr 2020 von 500 000 Personen. Das Problem ist nicht kurzfristig lösbar. Daher kann man elf Jahre vorher nicht mehr warten. Die Strategie heißt: Wir müssen die Bildungspotenziale der Migrantenkinder aktivieren. Das ist bisher vernachlässigt worden. Da liegt das größte Bildungspotenzial brach.

Hier geht es um Weiterbildung, um schnellere Anerkennung von Abschlüssen von Migranten und klare Verfahren zur Zertifizierung von Berufskompetenzen. Es geht um berufsbezogene Sprachkurse, es geht um Anpassungsqualifizierung. (Beifall bei den Grünen) In Deutschland leben eine halbe Million Akademiker und Akademikerinnen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. Deren Abschlüsse werden in der Regel nicht anerkannt. Wenn wir hier vorankommen wollen, müssen wir von dieser abstrusen Haltung wegkommen, dass Akademiker einfach Putzfrauenstellen suchen müssen. Vielmehr müssen wir schauen, dass wir diese Menschen durch Anpassungsqualifizierung in den Wirtschaftsbereich hineinbekommen, der ihrer tatsächlichen Qualifikation entspricht.

Dazu muss man endlich einmal die bürokratischen Hürden abbauen und etwas bei der Anpassungsqualifizierung tun. Dann tun wir wirklich etwas zur Absicherung des

Fachkräftemangels in der Zukunft. (Beifall bei den Grünen – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Da hat er Recht!) Ein weiterer Punkt: intelligente Verkehrskonzepte. Ich höre jetzt nur die Forderung: Mehr Straßenbau Ich höre immer wieder Widerstand gegen Geschwindigkeitsbegrenzungen.

(Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Offensichtlich sind Sie immer noch nicht von dem Glauben weggekommen: Nur dann, wenn Autos auf den Autobahnen auch schnell fahren können, kauft die Welt auch schnelle Autos, deutsche Autos. Man hat jetzt gesehen, dass das ein Irrtum und ein Irrglauben ist und dass in Zukunft nur umweltfreundliche Autos verkauft werden. Sie müssen so designt werden, dass sie sich nur in einem vernünftigen Geschwindigkeitsrahmen bewähren.

Dann muss man nämlich nicht mehr so schwere und übermotorisierte Karossen bauen. Da können wir etwas tun. Als Landesregierung sollten Sie nicht nur in Straßen investieren, sondern auch wieder in die Beschaffung von Bussen. Das hat der Kollege Schmiedel schon ausgeführt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Schiene!)

Wenn Sie bei den Zuständen, die im Berufsverkehr herrschen –die Menschen müssen sich wie Ölsardinen in den Verkehr drängen – im Regionalverkehr in der Lage sind, einen einzigen Zug neu zu bestellen, dann ist das wirklich nicht in den Wandel investiert. Damit treibt man die Leute weiter ins Auto und verstopft dadurch die Straßen. Sie wollen dieses Problem lösen, indem Sie noch mehr Straßen bauen. (Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen: Bravo!)

Wie Sie sehen, ist der Bedarf an Wandel gewaltig. Deswegen will ich ein Fazit ziehen. Ich habe eine ganze Reihe von Themen des Wandels angesprochen, deren Dringlichkeit erläutert und die Finanzierungsmöglichkeiten, Herr Mappus, aufgezeigt.

Ich möchte mit einem Zitat aus der „Schwäbischen Zeitung“ schließen, das das Ganze meines Erachtens zusammenfasst:
(Der Redner hält einen Artikel hoch.)

„Noch nie war das Arktis-Eis so dünn wie in diesem Jahr.“ Es hätte auch heißen können: „Noch nie war bei den Finanzmärkten das Eis dünner als in diesem Jahr.“ Es hätte auch heißen können: „Noch nie war bei den Arbeitsplätzen das Eis dünner als in diesem Jahr.“ Große Teile der Politik und der Wirtschaft haben die Dinge zu lange laufen lassen, haben zu lange auf das kurzfristige Tagesgeschäft geschaut und an den Quartalsgewinn gedacht, haben geglaubt, dass der Markt alles von allein regle und dass sich die Natur von selbst regeneriere. Wir erkennen jetzt, dass wir vieles ändern müssen. Diese Änderungen kommen nicht von selbst und sie werden Jahr für Jahr schwieriger.

Das Jahr 2009 wird das Jahr sein, in dem sich der Klimaschutz weltweit entscheidet. Die Wissenschaftler sagen uns: Das Zeitfenster ist noch enger geworden und die Aussichten sind noch dramatischer. Wir reichen Länder müssen eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir müssen in diesen Wandel investieren. Wenn wir es nicht tun, werden nicht nur die Risikoschirme immer teurer, sondern das Eis wird tatsächlich immer dünner mit fatalen Folgen für unseren Globus und nicht nur für unsere Finanzmärkte und Banken.

Das kann man dann nicht einfach durch einen Finanzgipfel wieder abstellen. Das heißt, dass es um unsere Lebensgrundlagen geht, die gefährdet, die „konkursgefährdet“ sind. Der Klimawandel wartet nicht auf die nächste Konjunktur, im Gegenteil. Es geht darum, in diesen Wandel zu investieren. Die Investitionen unter der Leitidee, immer darauf zu achten, ob sie den Klimawandel stoppen, verringern, vorantreiben, das wird die Jahrhundertfrage von uns allen sein. Da muss man nicht nur pessimistisch sein. Der britische Ökonom Nicholas Stern hat uns dargelegt, dass wir 1 % des Bruttoweltprodukts brauchen, um nicht in eine Klimakatastrophe zu gehen. Das ist viel, aber das ist leistbar. Die Menschheit ist schließlich auch mit großen Anstrengungen auf dem Mond gelandet, obwohl man schon vorher wusste, dass der Mensch auf nichts anderem landen wird als auf totem Stein.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Kretschmann, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich komme sofort zum Schluss. – Wir müssen da also dieselben Anstrengungen unternehmen. Machen wir es nicht, dann werden wir laut Nicholas Stern mindestens 5 % des Bruttoweltprodukts, vielleicht auch 20 % für die Schäden ausgeben müssen. Diese 4 % Differenz ist das Fenster der Hoffnung und des Optimismus, wenn wir tätig sind und in den Wandel investieren.

Die Krise ist entstanden, indem man spekuliert hat und auf schnelles Geld gehofft hat. Wir müssen auf Nachhaltigkeit und auf Werte gehen. Nur dann kommen wir aus der Krise heraus. Dazu brauchen wir nicht den Rat von Ratingagenturen. Vielmehr müssen wir selbst nachdenken. Man braucht also nur eines: mehr Nachhaltigkeit im Hirn. (Beifall bei den Grünen)